

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Donnerstags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Druckerei: Buchdruckerei Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtdirektion Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einrechnung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. B.; Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 123

Dresden, Freitag, 29. Mai

1925

Abchluß der Reichswehrdebatte.

Sitzung des Reichstags vom 28. Mai.

Das Haus nimmt zunächst einen sozialdemokratischen Antrag an, nach dem aus den Überschüssen der Reichsgetreidehülle 5 Millionen für Zwecke der Kindererziehung verwendet werden sollen. Dann wird die zweite Beratung des

Gaushalts des Reichswehrministeriums

Reichswehrminister Dr. Weiser erinnert an die Bedenken, die wegen der Höhe der Forderungen für unsere Wehrmacht in der Debatte laut geworden sind und stellt fest, daß die Zahlen, die Überleitung, die Durchführung und die Bemessung des Heeres durch den Vertrag von Versailles bestimmt sind. Wenn man also die Ausgaben vermindern wolle, so müsse man also unter das heruntergehen, was auch die Entente für Deutschland für notwendig gehalten hat. Beanstandet hat man die hohe Zahl der Stabsoffiziere. Der Offiziersdienst bietet so wenig Anreiz, daß es sehr schwierig ist, tüchtige Offiziere in der Wehrmacht zu halten. Vor allem ist es schwierig, vermögendere Offiziere zu halten, weil

die Wehrmachtsgelder so gering sind. Es kommt hinzu, daß der Dienst der Stabsoffiziere gegen früher ungemein anstrengender geworden ist. Das gleiche trifft zu bei den Mannschaften. Wollte man hier sparen, so würde der Ersatz sowohl des Offizierskorps als der Mannschaften geradezu gefährdet.

Die Bemängelung der Höhe der jährlichen Ausgaben hängt an die Verhältnisse von vor 1914 an. Seit dieser Zeit haben sich eben die Verhältnisse grundlegend geändert. Die Zahl der Offiziere-Förderung ist übrigens in der Reichswehr geringer als in der schweizerischen Armee. Verpflegung, Unterkunft, Urlaub haben seit 1914 ein ganz anderes Gesicht bekommen. Unsere Kasernen sind ja nur noch für die Mannschaften eingerichtet, die 12 Jahre Dienst zu tun haben. Wir haben an sozialen Einrichtungen geschaffen, was unter unseren Umständen möglich war. Die von uns veranstalteten Weltreisen sind für Ferientouristen, Urlaubreisen, Weihnachtsbescherungen usw. verwendet worden; wenn wir dabei auch

die Weiber herangezogen haben, die vom „Werkwolf“, „Stahlhelm“ und dergleichen angebracht wurden und sonst von diesen Vereinigungen nach eigenem Ermessen verwendet worden wären, so glaube ich, haben wir uns damit auch ein politisches Verdienst erworben.

Der Abbau, die Beamtenpette haben und neue Sorgen gebracht. Die Schwierigkeiten der Unterbringung der abhängig gewordenen Tausende nehmen kein Ende, hier helfen mitzuwirken ist eine wichtige Aufgabe der Länder und Gemeinden. Einen Antrag zur Erleichterung macht schon der letzte Etat mit dem Finanzminister sehen wir wegen einer

gar nicht herstellen. Dem General Morgan stelle ich den General Allen entgegen.
Von den Zeitsfreiwilligen
habe ich schon früher gesprochen. Munition müßte hergestellt werden, weil unser Vorrat vollkommen erschöpft war. Nach der Ruhrbesetzung haben wir alles vorgelegt, um den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern, und es ist uns gelungen (Unruhe bei den Kommunisten). Mit dem Abbau des Zeitsfreiwilligen-Systems ist, nachdem es seinen Zweck erfüllt hatte — übrigens war der größte Teil Arbeiter — mit der größten Energie begonnen worden. Im Laufe des Sommers ist der Abbau vollendet, kein Offizier darf mehr Zeitsfreiwillige einstellen. Unsere Jugend hat voll Gelegenheit, sich in Turn- und Sportvereinen zu erlustigen; die Soldatenspieler sind durchaus überflüssig. Wir werden

den Versailler Vertrag ehrlich halten;
aber die deutsche Freiheit dürfen wir nicht opfern. Die Großhäre der „Liga der Menschenrechte“ schäme uns im Ausland, aber Landesverrat ist es nicht, denn es sind zu neun Lehnstuhl Bestimmungen des Versailler Vertrags. Das Verhandlungsprotokoll ist das einzige Material von der gegnerischen Propaganda aufgegriffen worden.

Der gewählte sächsische Ministerpräsident Zeigner hat sein Material dafür, daß General Müller Beziehungen zu den Vaterländischen Verbänden habe, uns nicht vorgelegt, denn er hatte keine. (Heiterkeit.) Er hatte nichts, als das Herr v. Graefe in seinem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig ausgelegt hatte. Nachher hat Zeigner bestritten, eine solche Behauptung überhaupt aufgestellt zu haben. Ähnlich sieht es mit der Frage der „Ausbildungsbataillone“, über die sich die Großhäre verbreitet. Der Reichswehrsoldat steht in einem ganz bestimmten Vertragsverhältnis zum Reich. Das hat auch Herr Schöpslin in seiner großen Anklagerede gegen mich übersehen; er hat zugezogen von mir eine Art Kabinetsjunker verfaßt. Was kann ein Heer nicht anders aufbauen als mit Fachleuten. Das hinausgeschleudert von Unteroffizieren zu

Verbezwecken ist sofort abgestellt worden. Das Heer, wie es heute steht, ist ein Heer der Republik.
Dieses Ergebnis konnte nur erreicht werden durch treueste Pflichterfüllung. Die Pflicht allein genügt aber nicht, es muß die Liebe hinzukommen. Pflicht kann ich befehlen, Liebe muß ich erwerben. Damit erledigt sich von selbst die Behauptung, daß wir keine republikanische Wehrmacht haben. Wir sind stolz auf unsere militärische Vergangenheit. Es ist bei uns nicht schlechter, sondern besser geworden; was bei uns zu leisten war, ist eine weltgeschichtliche Aufgabe von allergrößter Bedeutung gewesen. Die Sozialdemokraten müssen von der Republik zum Staat kommen. (Rufe links.) Auf einen Zwischenruf von den Kommunisten sagt der Minister: In Ihrem Witzrausentwurf will ich mich nicht äußern. Ich trage das Leid des Kollegen Trotski in Kauf. (Heiterkeit.) Es ist schwer, Kriegsmilitär zu sein. In Kauf hat man Trotski wiedergeboren, wenn Sie uns über los sind, dann kriegen Sie uns nicht mehr zurück. (Heiterkeit.)

Die Erklärung zum Republikaner kann ich nur so erfüllen, daß ich die Reichswehr zum Pflicht- und Ehrgefühl, zur Vaterlandsliebe erziehe. (Lebhafte Zustimmung.) Die gegen mich erhobenen Vorwürfe halte ich für ungerecht und wolle sie zurück. Volk und Heer muß sich einfühen. Das Heer muß dem Paragrafen fetsugehalten werden. Ich habe Ordnung geschaffen und erziehe das Heer zur Verfassungstreue. (Lebhafte Zustimmung.)

Von den Sozialdemokraten ist beantragt, das Gehalt des Reichswehrministers zu kürzen.
Abg. Dr. Bredt (Inat) erinnert im Hinblick auf den inzwischen eingegangenen sozialdemokratischen Antrag an Wislawa, der in einem ähnlichen Fall dem Parlament sagte, er würde nach einem solchen Beschluß einfach sein Gehalt eintragen. Der Redner fordert dann bessere Verbesserungsmaßnahmen für die aus der Reichswehr nach zwölf Jahren ausscheidenden Soldaten.
Abg. Voigt (Bayr. Sp.) bebauert, daß der Trud der Entente die Rückkehr zu dem Ideal des

alten Volksherrn mit der allgemeinen Wehrpflicht verbindet.

Abg. v. Wamin (Dolk.) erklärt, daß seine Partei den Vertrag annehmen werde. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Abg. Lipinski (Soz.) widerspricht der Darstellung des Reichswehrministers über die Vorgänge in Sachsen. Im Jahre 1921, als Lipinski Innenminister in Sachsen war, habe das Reichswehrministerium die sächsische Regierung ersucht, Verbestellen für den obersteilischen Feldschutz zu errichten. Die sächsische Regierung hat es abgelehnt, die Orgesch und ähnliche Organisationen drängten sich dann dazu, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Trotzdem Sachsen damals 28 Proz. das ganze Reich nur 6 Proz. Arbeitslose hatte, war die sächsische Regierung in der Lage selbst für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Da diese Organisationen sich auf Aufrufe von zentralen Stellen beriefen, warnte sich die sächsische Regierung an den Reichspräsidenten. Im Oktober und November 1920 fanden in Berlin Konferenzen statt, ein Erfolg wurde jedoch nicht erzielt. Im Juli 1922, nach dem Mathenau-Mord, wandte sich die sächsische Regierung nochmals dringend an die Reichsregierung, damit diese Dinge endlich abgestellt werden. Am 5. Januar 1923 ist der Reichsregierung unter Cuno ein sieben Seiten langes Memorandum überreicht worden, in dem alle Vorfälle ausführlich geschildert waren. Darauf ist keine Antwort erfolgt. (Zeit, hört! bei den Soz.) Trotzdem also dem Reichswehrministerium diese Dinge bekannt waren, hat es eine Untersuchung wegen Landesverrats gegen Zeigner eingeleitet. Ich habe dann in der „Leipziger Volkszeitung“ darüber berichtet, der Erfolg war, daß gegen den „Vorwärts“, der einen Teil daraus abgedruckt hatte, ein Landesverratsprozeß angehängt worden ist. Hier hat das Reichswehrministerium eingegriffen, genau so wie in anderen Landesverratsprozessen. Die Darstellung des Reichswehrministers ist also irreführend. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Müntler (Soz.): Wir haben wiederholt lebhaftste Klage darüber geführt, daß für die auscheidenden Reichswehrmännchen keine Aussicht besteht, im Zivilberufen unterzukommen. Es werden im Jahre etwa 1000 Mann davon betroffen. Nur ein geringer Prozentsatz davon hat das letztere Glück, sonst einen neuen Beruf zu finden. Regierung und Reichswehrministerium hätten schon längst die Pflicht gehabt, eine angemessene Fürsorge für die auscheidenden Soldaten zu schaffen. Für diese Fürsorgeleistungen sind im ganzen 14 100 M. ausgeworfen worden. Die Fürsorgeoffiziere versehen ihr Amt nicht in ausreichender Weise. Der Chef der Behörde hat in einem Schreiben mitgeteilt, daß die Wirtschaft, an die man sich gewandt habe, sich bereit erklärte, zu helfen. Die Tagespresse sollte aber zur Aufklärung darüber nicht herangezogen werden, weil das leicht zu Fälschungen Anlaß geben könnte. In Berlin, Steilm und anderen Orten geben sich die Unternehmer in Landwirtschaft und Industrie dem Anschein vaterländischer Tätigkeit, in Wirklichkeit wollen sie

die auscheidenden Reichswehrsoldaten als Lohnbrüder verwenden. Diese Fürsorgeleistungen muß verschwinden. Die Reichswehr muß sich an die sächsischen Arbeitsnachweise und an die gewerkschaftlichen Organisationen wenden. Ich habe den begründeten Verdacht, daß die Wirtschaft ihre Zuwendungen an die Reichswehr nur zu dem Zwecke gemacht hat, um billige Arbeitskräfte zu erhalten. Pflicht des Reichswehrministeriums ist es, den auscheidenden Soldaten eine gute und sichere Zukunft zu sichern. (Beifall bei den Soz.)

Ein Vertreter des Reichswehrministeriums begrüßt diese Ausführungen, mit denen sich die Äblichen des Ministeriums durchaus bedien, nur konnten sie leider noch nicht gesetzgeberisch verwirklicht werden. Die Fürsorgeoffiziere enthalten sich jeder Politik, ihr Ziel ist nur, die Auscheidenden unterzubringen.
Abg. Müntler (Soz.) begründet die Interpellation der Sozialdemokratie zu dem Reichswehrumlaß an der Wehr.

Allgemeine Deutsche Arbeitsnachweistagung.

Düsseldorf, 27. Mai.
Am Mittwoch wurde in Düsseldorf die erste allgemeine Deutsche Arbeitsnachweistagung nach dem Kriege durch den Landeshauptmann Hoxton eröffnet, der neben 400 Vertretern der örtlichen Arbeitsnachweise, Landesarbeitämter, Gewerkschaften und Unternehmerverbände zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden begrüßen konnte.

Prof. Dr. Kombeil-Görge sprach über den „Arbeitsmarkt in der Jahrhundertwende unter dem Einfluß des Konjunkturwandels“, Dr. G. Ste über das Thema: „Zur Systematik der Arbeitsmarktpolitik“, Dr. Kütgens sprach über „Wege, Ziele und Grenzen der Arbeitsmarktpolitik“.

Der zweite Tag war der Aussprache über die Selbstverwaltung gewidmet. U. a. war auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erschienen, der in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit einer möglichst wirksamen Arbeitsvermittlung erörterte. Der erste Referent Prof. Dr. Hoeniger-Freiburg t. B. wies auf die verschiedenen Bestrebungen zur Umgestaltung der Selbstverwaltung in Arbeitsnachweise hin. So seien z. B. die Gemeinden und Städte bemüht, die öffentlichen Arbeitsnachweise in die reine Kommunalverwaltung zu überführen. Wahre Selbstverwaltung bedeute auch Selbstfinanzierung. Da sie im Arbeitsnachweis im Zusammenhang mit der Arbeitslosenfürsorge eingetretet sei, erwachse die Frage, ob nicht der Ausbau der Selbstverwaltung zu einem sich selbst finanzierenden Selbstverwaltungskörper geboten erscheine. Der Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitamtes Dr. Demmel betonte in seinem

Referat, daß die wirtschaftliche Selbstverwaltung sich seit dem Inkrafttreten des Arbeitsnachweisgesetzes von 1922 noch nicht im großen Maße ausgedehnt habe. Trotz aller Schwierigkeiten könne es aber möglich, daß in absehbarer Zeit die Selbstverwaltung den ihr gebührenden Platz im Arbeitsnachweis einnehmen werde.

In der Diskussion erklärte ein Vertreter der Arbeitgeber, daß sie Wert auf eine Erweiterung der Selbstverwaltung legen. Meyer-Tüschendorf (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) warnt die Städte, den Gewerkschaften einen Kampf zur Erhaltung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung aufzuwingen. Nur durch deren Ausbau könne das Vertrauen der Arbeiterschaft zum öffentlichen Arbeitsnachweis gefördert werden.

Für den Deutschen Städtebund bedeutet Oberbürgermeister Luppe, daß die Arbeitgeber ihre jüngsten Schritte auf den Kongreß geschickt haben, und fordert den führenden Einspruch der Gemeinden im Arbeitsmarkt.
Landeshauptmann Dr. Hoxton stellt als Vertreter der Preussischen Provinzen fest, daß in der Praxis ein durchaus gutes Zusammenarbeiten von beschäufiger und wirtschaftlicher Selbstverwaltung bestehe.
Der Reichspräsident und läßt durch Dr. Stark erklären, daß er keine Bedenken gegen die bürgerliche Organisation des Arbeitsnachweises habe. Die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsringes schließen sich den Ausführungen des Vertreters des ADGB an, und protestieren gegen die Bestrebungen der Städte, die wirtschaftliche Selbstverwaltung zu beschränken. Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet.